Unter Premierminister Chirac ist die feministische Sicht überholt : Frost für Frankreichs Frauen

Autor(en): **Scheurer, Krista**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340507

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

KPdSU stand unter der Leitung des neuen, gescheiten Vorstehers der internationalen Abteilung, Dobrynin. Im weiteren umfasste die Delegation zwei Generale aus dem Generalsstab, Angehörige der Akademie, Vizeminister, stellvertretende Mitglieder des Politbüros sowie Angehörige und Sekretäre des Zentralkomitees.
Auf der Traktandenliste standen drei Themen:

1. die im April vom Büro der SI in Rom gefällten Entscheide in bezug auf die Abrüstung
2. eine allfällige europäische Abrüstung im konventionellen Bereich
3. der sowjetische Vorschlag, zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution eine grosse Konferenz aller europäischen sozialistischen Parteien nach Moskau einzuberufen.

Vom ersten Punkt wird die SPS direkt nicht berührt. In ihrer Sitzung vom 20. März 1987 hat die Geschäftsleitung ihre Position festgelegt, die ich dann in Rom vertreten habe.

Bei Punkt zwei ist die Schweiz hinsichtlich ihrer künftigen Militär- und Ausgabenpolitik angesprochen: die SI verlangt von der Sowjetunion, im kommenden Vertrag über die Mittelstreckenraketen in Europa eine Klausel einzubauen, wonach unverzüglich unter den 23 Staaten Verhandlungen über die Reduktion der konventionellen Rüstung eingeleitet werden sollen. Geschieht dies nicht, werden die bürgerlichen Kreise in unseren Ländern unter Berufung auf die Übermacht der UdSSR im Bereich der konventionellen Rüstung für den Westen Nachrüstung fordern. Damit kommen wir Sozialisten, vor allem die Parlamentarier, in eine missliche politische und auch psychologische Lage. – Die sowjetische Delegation zeigte für diese Auffassung kein Verständnis: für sie gibt es keine «organische» Verbindung zwischen den verschiedenen Verhandlungsebenen.

Punkt drei: die geplante Moskauer Konferenz der sozialistischen und kommunistischen Parteien. Die Sowjets wollen eine völlig freie Diskussion, ohne bestimmte Tagesordnung, zu verschiedensten Themen wie zum Beispiel Menschenrechte, Pluralität der politischen Parteien, Wiederbelebung der UNO.

Unter Premierminister Chirac ist die feministische Sicht überholt

Frost für Frankreichs Frauen

Von Krista Scheurer

Von 1981 bis 1986 galt Frankreich für Frauenrechtlerinnen als Beispiel: insgesamt vier Ministerinnen mit wichtigen Ämtern. Und fünf Jahre lang hatte die sozialistische Regierung hier das Ministerium für die Rechte der Frau ausgebaut. Ministerin Yvette Roudy konnte sich trotz zahlreicher Schwierigkeiten immer mehr durchsetzen, Kampagnen ankurbeln und Gesetzesänderungen erreichen. Bestürzt musste man nach dem Wahlsieg der Konservativen feststellen, dass für Frankreichs Frauen frostige Zeiten angebrochen waren. Im März 1986 wurde das Frauenministerium eiskalt aufgelöst. Zuerst gab es überhaupt keine Frau in dem neuen Kabinett, nur drei untergeordnete Staatssekretärinnen. Danach wurde mit Verspätung doch noch eine Ministerin für Gesundheit und Familie ernannt. Die Besetzung dieses Ressorts war zuerst überhaupt «vergessen» worden. Die Tendenzwende für Frankreichs Frauen war durchgreifend.
Abbau von Frauendiskriminierung ist für Frankreichs Regierung seither kein gesellschaftspolitisches Anliegen mehr. Der neue Premierminister Chirac widmete in seiner Antrittserklärung frauenspezifischen Belangen (immerhin sind 53 Prozent der französischen Bevölkerung weiblichen Geschlechts) keine Silbe. Und so eilig es das neue «Kabinett im Nadelstreif» mit Problemen wie Entstaatlichungen und Lohnstopp hatte, so sehr liess es sich in Frauenfragen Zeit. Mehrere Wochen hindurch gab es für die 80 Angestellten des abgesägten Frauenministeriums totale Ungewissheit über alle laufenden Aktionen, Projekte, Förderungen und Zuschüsse, arbeitende Kommissionen und nicht zuletzt über die eigenen Arbeitsplätze. Auch die regionalen Vertretungen – ein dezentralisiertes Netz von Bevollmächtigten – waren einige Wochen über ihr Schicksal im Ungewissen. Ex-Ministerin Roudy: «Das ist ihre Revanche.»
Einen Monat nach der Regierungsbildung bequemte sich der Ministerrat zur Ernennung einer «Frauendelegierten». Dass diese dem Sozialminister untersteht, spricht Bände. Keine Ministerebene mehr für die Rechte der Frau. Name, Rang, Kompetenzen und Budget fallen weit hinter bereits Erkämpftes zurück. Unter der Telefonnummer des Frauenministeriums meldet sich seither – das «Ministerium für Algerienfranzosen».

Die «Frauendelegierte» Hélène Gisserot, 50, Absolventin der berühmten Beamtenschule ENA, war seit 1979 Richterin am Rechnungshof, 1985 als erste Frau sogar Oberste Richterin. Sie gilt als fleissige, gewissenhafte Beamtin, hat aber keinerlei politisches Gewicht. Als erstes wollte sie, laut eigener Ankündigung, eine Bestandesaufnahme der bereits bestehenden Gesetze und ihrer Anwendung vornehmen und gleichzeitig «über ihre Mission nachdenken». Inzwischen postulierte sie, eine feministische Sicht sei historisch gesehen nützlich gewesen, heute jedoch überholt. Jetzt seien allgemeine Überlegungen zum Einklang von Familien- und Berufsleben nötig. Es fehle eine umfassende Vision der Rolle der Frauen in der Gesellschaft von heute und morgen. Ihr Vorgesetzter, Sozialminister Séguin, wurde noch deutlicher: Man brauche eine dynamische Politik der «Promotion» der Frau, mehr Respekt für Mütter sei nötig. Die «familiäre Dimension» der Frau sei zwischen 1981 und 1986 (sprich: in der sozialistischen Regierungszeit) vernachlässigt worden und müsse aufgewertet werden. (Hat man auch schon von der «familiären Dimension» der Männer gehört?) Schon bei Regierungsantritt hatte Séguin mitgeteilt, in Frankreich sei der Begriff «Rechte der Frau» überflüssig geworden. Richtlinien für die Arbeit der neuen Frauendelegierten unter seinen Fittichen: Besserstellung der Frauen «als Personen» und am Arbeitsplatz, Mütterfürsorge, grössere Entscheidungsmöglichkeit zwischen Berufsausübung und Heim. Die Aufgabenstellung von Hélène Gisserot umfasst laut Regierungsdekret anlässlich ihrer Ernennung mit besonderem Nachdruck auch «Verbesserung der Stellung der Mütter in der Gesellschaft ... Hilfe bei Lösung frauenspezifischer Probleme, insbesondere in Fragen der Gesundheit und 'Weitergabe des Lebens'». Und Premierminister Chirac teilte kürzlich den Fernseh-ZuschauerInnen mit, Gesundheit- und Familienministerin Barzach und Sozialminister Séguin untersuchten gerade die Möglichkeit eines neuen «sozialen Statuts» der Familienmutter. Eindeutig geht aus dieser Zitatensammlung, die sich beliebig verlängern liesse, hervor, was seit einem Jahr in Frankreichs Führungsspitze «out» ist: Änderung der Mentalitäten, die Bekämpfung des alltäglichen Sexismus, Quoten, radikale Infragestellung der Rollenklischees, ernsthafte Untersuchungen über die Gründe der Benachteiligung noch zu vieler Frauen. Hingegen sind «in»: Betonung der Mutterschaft und Familie. Der Begriff «natürliche Bestimmung der Frau» scheint da noch durch die Köpfe zu geistern. Immerhin erwähnt man auch in allgemein gehaltenen Formulierungen die Notwendigkeit besserer Ausbildung und beruflicher Gleichstellung. Es hatte somit Symbolkraft, dass der internationale Frauentag, der 8. März, diesmal in Frankreich sang- und klanglos übergangen wurde. Während unter der sozialistischen Regierung 1981–86 und sogar in den vorhergehenden Jahren unter Giscard d'Estaing, vom Frauenstaatssekretariat oder Ministerium für die Rechte der Frau Ausstellungen, Symposien oder Multimediafeste veranstaltet wurden, konnte man nach einem Jahr konservativer Regierungsausübung dergleichen vergeblich suchen. Im Gegenteil, im Büro der Frauendelegierten war zu hören, es gäbe keinerlei Veranlassung, einen Frauentag zu feiern, man kenne ja auch keinen «Kindertag» oder gar einen «Männertag»; die Frauen seien keine Sonderkategorie, sondern Bestandteil der Gesellschaft. Ein altbekanntes Lied. Emanzipatorische Traditionen werden geleugnet, bestehende Notstände ignoriert!

Da war es doch ein rechter Trost, dass sich die bürgerliche Regierung mit einem «Staatssekretär für Menschenrechte» schmückte, der sich beim Amtsantritt beeilte, zu versichern, die Menschenrechte umfassten natürlich auch die Rechte der Frauen. Dieser Staatssekretär fiel, wie eine satirische Zeitung bissig bemerkte, bis jetzt vor allem durch seinen ausladenden Schnurrbart auf. Einige Male durfte er sich in letzter Zeit bei Menschenrechtsverletzungen als «Klageweib der Regierung» betätigen.

Hingegen dürften die ersten Schritte einer von Gesundheits- und Familienministerin Barzach (auch sie untersteht dem Sozialminister Séguin) angekurbelten Steuerreform in «familialistischem» Sinn in erster Linie für die Frauen konkrete Auswirkungen haben. Gemäss der «ehrgeizigen Familienpolitik als vorrangigem Ziel der Regierungsplattform» wurden zwei Serien von Massnahmen getroffen, die trotz scheinbarer Verbesserungen eine Reihe von Risiken und Ungerechtigkeiten in sich bergen. Bei der Erhöhung des Kindergeldes unter veränderten Voraussetzungen und verlängerter Auszahlung bis zu drei Jahren im Fall der Geburt eines dritten Kindes zeichnet sich faktisch die Tendenz eines Muttergehaltes ab (die GegnerInnen sprechen auch von Gebärprämie). Die Verlängerung des «Elternurlaubs» bis zu drei Jahren verstärkt zusätzlich die Gefahr einer Abdrängung der Frauen aus der Arbeitswelt. Auch liess die Ministerin, die noch zum liberaleren Flügel der Gaullisten gehört, wissen, dass man im Interesse einer höheren Geburtenrate unverheiratete Paare nicht gerne sieht. Diese haben nämlich im Durchschnitt weniger Kinder als verheiratete. Dabei ist die «concubinage» in

Frankreich eine häufige und weitgehend legalisierte Lebensform. Hier ist man nicht mehr weit entfernt von der «verfassungsmässigen Verankerung der Familie», wie sie z.B. in Österreich von der ÖVP-Familienministerin Flemming gewünscht wird. Logischerweise dehnte man also in Frankreich unter dem Titel «Steuerneutralität» gewisse Vergünstigungen, die bis jetzt nur Alleinerziehenden zustanden, auf Verheiratete aus oder kürzte Zuschüsse bei gutverdienenden Einzeleltern. Als weiterer Anreiz zu Kindersegen wurden Steuervergünstigungen ab dem vierten Kind eingeführt. Diese kommen aber eher den wohlhabenden Familien zugute, denn grosse Kinderzahl gibt es hier vor allem in hohen Einkommensschichten und bei den Ärmsten. Letztere sind aber ohnehin meist von Steuern befreit. Ganz nebenbei gestatten die neuen Bestimmungen auch, Gastarbeiterfamilien, die familienrechtliche Ansprüche geltend machen, stärker zu kontrollieren.

Im Sinn dieser betont «geburtsfreudigen» Politik gab es auch bereits einen Versuch von rund 60 Rechtsparlamentariern, (Bürgerliche und rechtsradikaler Front National), bei Schwangerschaftsabbruch die Kostenübernahme durch die Krankenkasse, eine der Errungenschaften der vorherigen Linksregierung, wieder abzuschaffen. Dieser Anschlag wurde zwar vorläufig abgewehrt, könnte aber jederzeit wieder aufs Tapet gebracht werden. Es ist klar dass es dabei nicht nur um die Spesen für den medizinischen Eingriff geht, sondern um eine prinzipielle Ablehnung der freien Entscheidung.

Die Einführung flexibler Arbeitszeit hingegen, insbesondere die bisher untersagte Nachtarbeit für Frauen, wurde kürzlich im Parlament trotz sozialistischem Misstrauensantrag angenommen. Diese Neuerung, gegen die sich Präsident Mitterrand ausdrücklich ausgesprochen hatte, wurde vor allem von Wirtschaftskreisen im Sinn besserer Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit der französischen Unternehmen gewünscht. Wie Nachtarbeit allerdings zur «familiären Dimension» der Frauen passen soll, wurde bis jetzt nicht erklärt.

Frankreichs Vorreiterrolle mit einem aktiven Frauenministerium ist also seit einem Jahr beendet. Und das während man sich z.B. in einzelnen Ländern und Städten Westdeutschlands seit kurzem zu «Gleichberechtigungsbeauftragten» durchringt und in Österreich bei Installierung der sogenannten «schwarzroten Koalition» die sozialistische Staatssekretärin für Frauenfragen allen Befürchtungen zum Trotz im Amt bleiben konnte. Wenn in Frankreich auch bis jetzt gesetzlich verankerte Besserstellungen für die weibliche Hälfte der Bevölkerung nicht wieder aufgehoben wurden, so macht man sich in gut unterrichteten Kreisen keine Illusionen über die weiteren Perspektiven. Verschiedene vorher eingeleitete Aktionen und Zuschüsse für Frauenprojekte wurden zwar nicht direkt eingestellt, zum Teil aber wesentlich gekürzt. Sie sind von kommenden Sparmassnahmen in den nächsten Staatshaushalten voraussichtlich besonders betroffen. Die derzeitige Bürgerblockregierung wagt es andererseits nicht, die Zeiger zu weit zurückzuschrauben. Der Wahlerfolg der Rechtsparteien war 1986 immerhin sehr knapp, und im nächsten Frühling sind Staatspräsidentenwahlen.

750 Jahre Berlin: Die DDR feiert mit vielen Büchern

«Nur det allerbeste»

Von Horst Hartmann

Wenn dieses Jahr zu Ende gegangen ist, werden viele nachdenkliche Berliner feststellen, dass nichts schwerer zu ertragen ist, als eine endlose Reihe von Feiertagen. Post festum, nach 365 Jubiläumstagen dürften die mit Mutterwitz gesegneten Berliner dringend eine Erholungspause benötigen. Auf die Ostberliner wartet dann allerdings noch ein gewaltiger Bücherstapel, dessen Lektüre übrigens Lesern aus dem Westen ebenfalls empfohlen werden kann.

Bereits auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr ist westlichen Berichterstattern offiziell mitgeteilt worden, die DDR-Verlage wären durch das Berlin-Jubiläum «übers Mass animiert» und würden insgesamt 250 Titel herausbringen. Geht man dieser Ankündigung anhand der Messe-Ausgabe des Buchhändler-Börsenblattes nach, lassen sich etwa 180 Neuerscheinungen und Neuauflagen ermitteln. Die Diskrepanz zur Zahl 250 dürfte darauf zurückzuführen sein, dass nicht alle älteren und noch lieferbaren Titel von den Verlagen angezeigt worden sind. Aber viel wichtiger als das Feilschen um Zahlen erscheinen Niveau und Vielfalt des Riesenstapels in Sachen Berlin. Immerhin kann zunächst festgestellt werden, dass zumindest in der Bundesrepublik noch nie eine derartige Fülle von Büchern aus aktuellem Anlass erschienen sind. Die Jubiläumsbibliothek aus zahlreichen Verlagen stellt ein spätes Echo auf Carl Zuckmayers Bemer-